

Wochenblatt

für Pulsnik,
Königsbrück, Radeberg, Radeburg, Moritzburg und Umgegend.

Erscheint:
Mittwoch und Sonnabend.

Als Beiblätter:

1. Illustriertes Sonntagsblatt (wöchentlich);
2. Landwirtschaftliche Beilage (monatlich).

Abonnements-Preis
Vierteljährl. 1 M. 25 Pf.
Auf Wunsch unentgeltliche Zusendung.

Amts-Blatt
des Königl. Amtsgerichts
Pulsnik
und des Stadtrathes

Inserate
sind bis Dienstag und Freitag
vorm. 9 Uhr aufzugeben.
Preis für die einpaltige Cor-
puszeile (oder deren Raum)
10 Pennige.

Geschäftsstellen:
Buchdruckerei von A. Pabst,
Königsbrück, C. S. Krausche,
Ramenz, Carl Daberlow, Groß-
röhrensdorf,
Annoncen-Bureau von Haasen-
stein & Vogler, Invalidentant,
Rudolph Woffe und G. L.
Daube & Comp.

Druck und Verlag von C. L. Förster's Erben
in Pulsnik.

Einundfünfzigster Jahrgang.

Verantwortlicher Redakteur Otto Dorn
in Pulsnik.

Mittwoch.

Ar. 81.

11. Oktober 1899.

Auf dem die Firma **C. G. Brückner & Sohn** in Pulsnik betreffenden Folium 37 des Handelsregisters für den Bezirk des unterzeichneten Amtsgerichts wurde heute eingetragen, daß Herr **Gustav Friedrich Rosenberg** als Mitinhaber aus der Firma ausgeschieden ist.
Pulsnik, am 7. Oktober 1899.

Königliches Amtsgericht
v. Weber.

Konkursverfahren.

Das Konkursverfahren über das Vermögen des Bäckermeisters und Pfefferkuchlers **Gustav Ewald Kunze** in Großröhrensdorf wird nach erfolgter Abhaltung des Schlußtermins hierdurch aufgehoben.
Pulsnik, am 6. Oktober 1899.

Königliches Amtsgericht.
Bekannt gemacht durch den Gerichtsschreiber.
Aktuar Hofmann.

Bekanntmachung,

die Einschätzung zur Einkommensteuer auf das Jahr 1900.

In Gemäßheit des Einkommensteuergesetzes vom 2. Juli 1878, der Ausführungsverordnung vom 11. Oktober 1878 und der Generalverordnung vom 25. Juni 1888, sind zum Zwecke der Einkommensteuereinschätzung für 1900 den hiesigen Besitzern, Pächtern und Administratoren von Hausgrundstücken **Hauslisten** und außerdem denjenigen Fabrikbesitzern und Gewerbetreibenden, welche Gehilfen und Arbeiter beschäftigen

Lohnnachweisungsformulare

zur Ausfüllung zugestellt worden.

Diese Hauslisten und Lohnnachweisungen sind nach gehöriger Ausfüllung, welche nach dem Stande am 12. Oktober zu erfolgen hat, binnen 10 Tagen von der Behändigung an gerechnet, bei Vermeidung einer Geldstrafe bis zu 50 Mark wieder anher einzureichen. Zugleich wollen wir diejenigen Beitragspflichtigen, welche kleine Kapitalzinsen, Rentenbezüge, Naturalauszüge oder Pensionen haben, die aber, weil ihr Gesamteinkommen zweifellos unter 1600 Mk. bleibt, eine Aufforderung zur Deklaration nicht erhalten werden, in ihrem eigenen Interesse darauf aufmerksam machen, daß sie zur Vermeidung von Ueberschätzungen, den jährlichen Betrag solcher Bezüge gleich in Spalte 19 der Hauslisten hinter ihren Namen angeben können, und daß die Einschätzungscommission nur solche Schuldzinsen abzuziehen berechtigt ist, deren Berücksichtigung ausdrücklich beantragt wird.

Pulsnik, am 10. Oktober 1899.

Der Stadtrath.
Schubert, Birgstr.

Der Gasthofsbesitzer **Rudolf Fedor Büttner** in Großnaundorf beabsichtigt, in dem unter Nummer 57 des Brandsversicherungs-Catasters, Nummer 158 des Flurbuchs für Großnaundorf gelegenen Grundstück eine **Schlächtere** zu errichten.

Nach § 17 der Reichsgewerbeordnung wird dies mit der Aufforderung hiermit bekannt gemacht, etwaige Einwendungen hiergegen, soweit sie nicht auf besonderen Privatrechts-Titeln beruhen, bei deren Verlust binnen 14 Tagen, vom Erscheinen dieser Bekanntmachung an gerechnet, allhier anzubringen.

Königliche Amtshauptmannschaft Ramenz, am 5. Oktober 1899.
von Erdmannsdorf.

In Lichtenberg Cat.-Nr. 9 ist die **Maul- und Klauenjuche** wieder ertöten.

Königliche Amtshauptmannschaft Ramenz, am 7. Oktober 1899.
von Erdmannsdorf.

Nachdem die Königliche Kreishauptmannschaft Bautzen wegen der herrschenden Seuchengefahr die Abhaltung der Viehmärkte verboten hat, wird der auf den

16. Oktober d. J. fallende Viehmarkt aufgehoben.

Bischofsverda, den 5. Oktober 1899.

Der Stadtrath.
Dr. Lange.

Die schleichende Crisis in Preußen.

Das unerfreuliche Bild bedenklicher Zerfahrenheit und Verwirrenheit der politischen Lage im führenden deutschen Bundesstaate, wie dasselbe durch den Verlauf der Canalstrage hervorgetreten ist, will noch immer nicht schwinden. Verschiedene Vorgänge auch der letzten Zeit lassen erneut das Weiterbestehen dieser schleichenden Crisis erkennen, die ihre Wurzel in den latenten Gegensätzen an den verschiedenen maßgebenden Berliner Regierungsstellen besitzt. Die officiöse, neuerdings auch von der freiconservativen „Post“ wiederholte Versicherung, innerhalb des preussischen Staatsministeriums klappe Alles und könne demnach von Meinungsverschiedenheiten zwischen den leitenden politischen Persönlichkeiten ernstlich nicht die Rede sein, wird kaum irgendwo für baare Münze genommen, die Thatfachen und Ereignisse widersprechen an sich schon einer solchen Behauptung. Wohl aber mag zugegeben werden, daß die Gegensätze, wie sie anscheinend namentlich zwischen dem Reichskanzler und dem Finanzminister v. Miquel als Vicepräsident des Staatsministeriums bestehen, zunächst wieder überbrückt worden sind, so daß also auch für den Kaiser vorläufig kein Anlaß vorläge, eine Entscheidung zwischen den beiden Staatsmännern zu treffen, zumal sich dieselben bei dem Monarchen zweifellos nach wie vor gleicher Werthschätzung erfreuen.

Wenn aber jetzt viel von einem Friedensschluß der konservativen Partei in Preußen mit der Regierung die Rede ist, welche Action nach einer Darstellung der „Ger-

mania“ in Gestalt einer förmlichen Veröhnungskonferenz zwischen Herrn v. Miquel, als der Seele der jetzigen preussischen Regierung, und Vertretern der konservativen Partei vor sich gegangen sein soll, so ist diese Nachricht doch nur mit der gebührenden Zurückhaltung aufzunehmen. Einerseits hat die Regierung in ihren Blättern ja wiederholt erklärt lassen, sie halte ungeachtet des einstweiligen Scheiterns der Canalvorlage an derselben fest, während andererseits in den führenden Preßorganen der Conservativen ebenso oft versichert worden ist, man solle von dieser Partei kein Einsinken in der Canalfrage erwarten, die Conservativen würden die Canalvorlage auch nach ihrem eventuellen Wiedererscheinen bekämpfen, da die conservativerseits herrschende Ueberzeugung von den Nachtheilen des geplanten Canalunternehmens für weite Bevölkerungskreise noch nicht durch sachliche Gegenstände erschüttert worden sei. So steht nun vorerst die Angelegenheit, und es wird demnach die zu gewärtigende Wiederbringung der Canalvorlage in der nächsten Session des preussischen Landtages zu zeigen haben, ob und wie der schleichende Conflict beizulegen ist. Die Regierungsblätter haben bereits angedeutet, daß die Regierung bei allem principiellen Festhalten an dem Werte des Rhein-Elbe-Canals durchaus geneigt sei, den Conservativen die Hand zu einer Verständigung zu bieten und eventuell noch weitere Compensationen an die Landwirtschaft des Ostens zu gewähren, als solche schon von den Regierungsvertretern bei den Commissionsverhandlungen über die Canalvorlage in Aussicht gestellt worden sind. Möglich, daß alsdann die conservative

Canalopposition doch einlenkt und auch ihrerseits der Regierung endlich entgegenkommt, es ist aber auch ebensowohl möglich, daß man conservativerseits in der That auf dem durchaus ablehnenden Standpunkte gegenüber der Canalvorlage verharret, nachher müßte sich die Regierung wohl oder übel zu entscheidenden Beschlüssen aufraffen.

Inzwischen gefallen sich verschiedene tonangebende Organe der Rechten abermals darin, dem Reichskanzler mit kleinen Nadelstichen zuzusetzen, wobei es sich aber wohl mehr um eigene Redactionsleistungen, als um einen ernstlich gemeinten Vorstoß der konservativen Partei gegen den leitenden Staatsmann des Reiches handelt. Nichtsdestoweniger werden diese Preßangriffe auf den Kanzler in Centrumsorganen wie auch in liberalen Blättern zum Anlaß des schweren Vorwurfs gegen die conservative Parteileitung genommen, sie gehe auf den Sturz des jetzigen Reichskanzlers aus, in der Hoffnung, daß nachher eine den Erwartungen und Wünschen der agrarisch-conservativen Partei mehr entsprechende Persönlichkeit an die Spitze der Reichsregierung berufen werden würde. Nun ist es allerdings ein offenes Geheimniß, daß sich Fürst Hohenlohe in den Kreisen der Rechten keineswegs allzugroßer Beliebtheit erfreut, daß man aber dort auf den förmlichen Sturz des Kanzlers ausgeben sollte, das ist doch kaum anzunehmen. Auch auf Seiten der Gruppen der Rechten muß man wissen, daß sie durch einen Kanzlerwechsel schwerlich etwas im Sinne einer ausgesprochenen conservativen Parteiregierung im Reiche gewinnen würden, auch der eventuelle Nachfolger des Fürsten Hohenlohe müßte den